

Die Geldschöpfung gehört in öffentliche Hand

Ausgerechnet die Schweiz, geschätzter Bankenplatz und Kassenschrank der Welt, könnte zur Wegbereiterin einer tiefgreifenden Reform des Geldsystems werden. Das Instrument der Volksinitiative macht's möglich, grundlegende politische Fragen mit breiter Diskussion vor das Volk zu bringen. Mitte 2018 werden die Schweizer über die Einführung des sog. Vollgelds abstimmen. Vollgeld steht für Geld als voll gültiges rechtliches Zahlungsmittel. Nahezu 90% des heute umlaufenden Gelds ist aber von privaten Banken erzeugtes Giralgeld, also nur Bankengeld. Auch dieses elektronische Giralgeld soll künftig zu „Vollgeld“ werden, also nur von der Zentralbank ausgegeben werden. So könnte man den grundsätzlich öffentlichen Charakter des Geldsystems wieder herstellen.

Dazu gibt es eine geschichtliche Parallele. Mitte des 19. Jahrhunderts waren der Großteil der umlaufenden Banknoten Schuldscheine der einzelnen Geschäftsbanken. Im wilden Wettbewerb gingen die Banken immer wieder pleite, Sparer verloren ihr Kapital. Erst gegen Ende des 19. Jahrhunderts zogen die meisten Staaten das Monopol zum Banknotendruck an sich und damit auch den Gewinn aus dieser Geldschöpfung. In Italien trat das Verbot der Ausgabe privater Banknoten erst 1926 in Kraft. 90 Jahre später bestehen rund 90% des umlaufenden Gelds aus Giralgeld der Banken, während Münzen und Banknoten eine immer geringere Rolle spielen. Giralgeld wird in der Regel von Banken durch Kreditgewährung geschöpft. Weil nur ein kleiner Bruchteil der Sichteinlagen als liquide Mittel gehalten werden muss, kann ein Vielfaches als Kredit bzw. Buchgeld vergeben werden.

Diese private Geldschöpfung ist immer mehr aus dem Ruder gelaufen: eine der **Kernursachen heutiger Finanzkrisen**. Die Geldmenge wächst überschießend, also weit stärker als die Realwirtschaft. Früher führte unbegrenztes Banknotenducken durch den Staat zur Inflation. Heute ist es die unkontrollierte Schöpfung von Bankengeld, die für den Treibstoff für die Spekulation, die Überschuldung von Unternehmen und Privaten, die Inflation auf Immobilienmärkten und den irrwitzigen Derivat Handel sorgt. In der Folge erleben wir immer wieder Banken-, Währungs- und Schuldenkrisen. In solchen Zeiten erweist sich das Giralgeld der Banken als unsicheres Geld. In Griechenland und Zypern kam es nach 2008 in Ansätzen zu einem Sturm auf die Bankschalter. In Italien sah sich der Staat gezwungen, vier regionale Banken zu retten. Zwischen 2015 und 2017 musste Rom in Summe 31 Milliarden Euro für die Bankenrettung bereitstellen, und zwar aus Steuermitteln. Immerhin der Gegenwert von sechs Landeshaushalten.

Mit dem Vollgeldsystem würde die Zentralbank in die Lage versetzt, als einzige Instanz alle rechtlich gültigen Zahlungsmittel in den drei Formen Münzen, Banknoten und elektronisch, auszugeben und zwar schuldfrei. Die demokratisch legitimierten Institutionen – Parlament, Regierung, Regionen – hätten darüber zu befinden, wie das neue Geld in Umlauf gebracht wird: über zusätzliche Sozialausgaben oder Investitionen, über Steuerentlastungen, den Abbau von Staatsschulden oder mit einer Bürgerdividende, nämlich einer Gutschrift für alle zur Ankurbelung der Wirtschaft. Vollgeld erfüllt eine alte Wunschvorstellung, nämlich jene

nach sicheren und wertbeständigen Bankeinlagen, und zwar in einer zeitgemäßen Form: jener des elektronischen Zentralbankgelds für alle. Eine Einlagensicherung, wie heute zum Teil schon geboten, wird bei Vollgeld überflüssig, weil die Geldkonten nicht mehr ins Eigentum der Banken eingehen, sondern als virtuelle Safes im Eigentum der Kontoinhaber verbleiben.

Die größten Vorteile bringt das Vollgeld für die Geldpolitik, denn es stellt die öffentliche Kontrolle über die Geldschöpfung und die Geldmenge wieder her. Dies bringt nicht nur mehr Stabilität und Ruhe in die Finanzmärkte, sondern auch mehr Gerechtigkeit. Der Gewinn aus der Geldschöpfung geht heute nämlich zum Großteil an die Banken. Doch Geldschöpfung ist eigentlich eine öffentliche Dienstleistung zugunsten aller. Der Gewinn daraus steht der Allgemeinheit, also dem Staat, zu, der das ganze System regelt. In der Übergangsphase zum Vollgeld könnte der Staat zudem einen ganz beträchtlichen Teil seiner Schulden abbauen.

Den Banken würde die Macht der Geldschöpfung entzogen, aber mit einer Verstaatlichung hat dies überhaupt nichts zu tun. Sie bleiben bei ihrem Kerngeschäft, der Abwicklung des Zahlungsverkehrs und der Kreditvermittlung, doch nur mit bereits von Sparern eingesammelten Einlagen, die für diesen Zweck ausdrücklich freigegeben werden. Das Bankengeschäft würde so, wie es sich die meisten Menschen heute vorstellen: Banken sammeln zunächst Spareinlagen und verleihen sie dann als Kredite. Mit Vollgeld entfielen die Pflicht der Banken, bei der Zentralbank Mindestreserven zu halten.

Auch mit Vollgeld benötigen die Banken mehr Eigenkapital, doch ein wesentlicher Teil der heutigen Risiken wären vermieden, weil Banken nicht mehr durch beliebige Geldschöpfung Eigengeschäfte und Spekulation betreiben könnten. Hätte es das Vollgeld in Italien seit 20-25 Jahren gegeben, wäre es nicht zu den 360 Milliarden fauler Kredite gekommen. Bei Vollgeld bergen Bankenpleiten kein systemisches Risiko mehr, Banken müssen nicht mehr mit Steuergeldern gerettet werden. Sie könnten pleitegehen, zu Lasten der Anteilseigner und Obligationenbesitzer, während die Kunden einfach die Banken wechseln würden, sofern sie nicht Kapital in die Bank investiert haben.

Die Schweizer haben es bei dieser Reform des Geldwesens in einer Hinsicht wesentlich leichter als Italien, sind sie doch in monetären Fragen souverän. Mit der Einführung des Vollgelds wäre der Schweizer Franken noch stabiler und krisensicherer. Doch grundsätzlich kann das Vollgeld auch innerhalb der Eurozone für die Währungsunion eingeführt werden. Heute schon haben die Staaten die Befugnis der Schöpfung von elektronischem Giralgeld den Banken überlassen, mit allen damit verbundenen negativen Folgen. Mit Euro-Vollgeld geht diese Macht an die unabhängige geldpolitische Instanz eines Staatenverbunds über, nämlich an die **Europäische Zentralbank**. In der Eurozone würde das Vollgeld als ausschließliches gesetzliches Zahlungsmittel einzig und allein von der EZB erzeugt, von ihr über die demokratische Vertretung in Umlauf gebracht, der Geldschöpfungsgewinn von der EZB einbehalten und den Euroländern ausbezahlt. Alle Vorteile des Vollgelds sind auf der Euro-Ebene genauso zu erwarten wie in der Schweiz oder in Island.

Der grundlegende Punkt besteht darin, dem Geldsystem Sicherheit und Stabilität zu verliehen, die Konjunkturzyklen zu glätten, die Finanzspekulation einzuhegen, die öffentlichen Finanzen solider zu gestalten, das Geldangebot und damit die Geldmenge direkt zu steuern, den ursprünglichen Geldschöpfungsgewinn der Zentralbank und in der Folge dem Staat zu übereignen, drohenden Finanzkrisen vorzubeugen. Wenn diese allgemein geteilte Anliegen sind, ist das Vollgeldsystem Teil der Lösung, wenn auch nicht Allheilmittel der Probleme des herrschenden Geldsystems.



Thomas Benedikter

(Autor von „Moneta intera – La creazione del denaro in mano pubblica“, ARCA edizioni 2018)